
Protokollanhang:

Gründungsversammlung der Sozialdemokratischen Partei (SP) Luterbach

vom 28. März 2018

in der Aula der Primarschule von Luterbach

Begrüßungsrede von Tamara Funicello

Präsidentin der JUSO Schweiz

Ja, liebe Genossinnen und Genossen ich habe die Ehre heute Abend, diese geschichtsträchtige Versammlung nicht nur zu eröffnen, sondern sie dann noch ein paar Traktanden lang zu leiten. Und ich freue mich sehr.

Obwohl sich heute diese Sektion neu gründet, ist sie eigentlich über 100 Jahre alt. 100 Jahre, liebe Genossinnen und Genossen. Und noch immer sind wir hier. In solchen Momenten bin ich unglaublich stolz. Stolz Teil einer solchen Bewegung zu sein. Stolz in der Tradition einer Bewegung oder besser gesagt von Bewegungen zu stehen, die stets Solidarität, Freiheit und Gleichheit als Basis für ihren Kampf hatten. Bewusst, dass ich heute hier stehe, weil ich auf den Schultern von unzähligen Genossinnen und Genossen stehe. Willi Ritschard, Lilliane Uchtenhagen, Ruth Dreifuss und Helmuth Hubacher, aber auch Robert Grimm, Andree Valentin und Rosa Luxemburg. Dolores Ibarruri und Nelson Mandela. Martin Luther King, Rosa Parks, Aliende, Guevara, Clara Zetkin, Antonio Gramsci und zumindest auf einer Schulter von Ghandi. Das ist unsere Bewegung. Dieser Bewegung, mit all ihren Facetten sind wir verpflichtet. Für sie kämpfen wir seit über 100 Jahren. Doch in diesen über 100 Jahren seit der 1. Gründung hat sich die Welt verändert. In einigen Dingen zum besseren, nicht zuletzt wegen dem Kampf der Menschen, die ich eben erwähnt habe.

Ich, als Frau, würde nicht hier stehen, wenn es nicht so wäre. Doch auch 100 Jahre nach eurer Gründung sind Kampf, Solidarität, Widerstand, Visionen und Einsatz für eine Politik für alle statt für wenige nötig. Denn der Welt, liebe Genossinnen und Genossen, geht es nicht gut. Es reicht ein Blick in die Zeitung um uns genau das zu zeigen. Kriege, Flucht, Terror, Naturkatastrophen, prägen unsere Nachrichten. 8 Abzocker auf der Welt besitzen gleich viel wie die ärmste 50% der Weltbevölkerung. Gleichzeitig hungern nach wie vor fast 1 Milliarde Menschen. Noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht, täglich sterben Kinder, Frauen und Männer auf diesem gefährlichen Weg.

Diese Bilder, diese Zahlen, die treffen. Meist mitten ins Herz. Man fühlt sich ohnmächtig vor dem Elend. Man fühlt sich machtlos und oft leider auch alleine. Unsere Zeit ist geprägt durch Unsicherheit. Die Menschen haben Angst vor der Zukunft, Angst um ihre Arbeitsstelle, um ihren Lebensstandard ja gar um ihre Existenz. Auch innerhalb der von Menschenhand gezeichneten Grenzen, die wir Schweiz nennen. Und nein, das ist nicht gejamert auf hohem Niveau, sondern die Realität vieler Menschen. Viele wissen

kaum, wie sie Ende Monat über die Runden kommen. Die Krankenkassenprämien und die Mieten steigen, die Löhne bleiben gleich und die Reichen werden reicher.

Diese Angst vor dem sozialen Abstieg, die führt dazu, dass Menschen nach Alternativen suchen. Denn die Mitte, der Neoliberalismus, der Kasinokapitalismus, die haben versagt. Sie können nicht die Antworten liefern, die wir brauchen. Weil sie eben nach Profit streben, statt sich an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren. Weil dieses System nur dem reichsten Prozent dient, statt den 99.

Und so wie ich das sehe, haben die Menschen im Moment 2 Alternativen. Rechts oder links. Die Rechte Alternativen bedeuten Abschottung, Nationalismus, Egoismus, und früher oder später Untergang, denn die Probleme dieser Welt lassen sich nicht mehr in einem Land lösen. Die Rechte Alternative ist gefährlich, sie erinnert an 1933, sie ist in ihrer Konsequenz menschenverachtend und ausschliessend. Sie führt an dunkle Orte, wo Gewalt und Antidemokratie herrscht. Dies gilt es entschieden zu bekämpfen. Immer und überall kein Fussbreit. Darum bleibt eigentlich nur noch eine Alternative,



liebe Genossinnen und Genossen. Mit den Worten Sozialismus oder Barbarei hat es die Genossin Rosa Luxemburg mal zusammengefasst. Und wir, liebe Genossinnen und Genossen, wir können diese Alternative sein. Linke Alternativen heisst eben Visionen. Demokratie. Emanzipation. Linke Alternativen heisst Zukunft, Nachhaltigkeit, Wahlmöglichkeiten. Linke Alternativen gibt es Tausende, nie nur eine. Linke Alternativen heisst Freiheit. Gleichheit. Solidarität. Wir sind diese Alternative. Und ihr bringt sie heute hier wieder nach Luterbach. Ja, in 100 Jahren hat sich die Welt verändert. Doch nach wie vor teilt sie sich ein in Besitzende und Arbeiterinnen und Arbeiter. Nach wie vor sind wir die, die Widerstand leisten. Gegen Abbaupakete, gegen Rassismus, gegen Konzerndiktatur. Gegen Überwachung, gegen Repression, gegen Willkür.

Nach wie vor sind wir die, die kämpfen. Für Rückverteilung, für Offenheit, für Solidarität und Demokratie. Für Freiheit und für Sicherheit. Ohne uns gäbe es keinen Sozialstaat. Ohne uns keine AHV, kein Frauenstimmrecht, keine Mutterschaftsversicherung, keine

Ferien, keine Gewerkschaften, kein Recht auf Abtreibung, kein ÖV, kein SRF, keine 3. Generationseinbürgerung dafür die USR3.

Ohne uns wird es auch nicht vorwärts gehen. Ohne uns wird es keine Volkspension geben, keinen Elternurlaub, keine Arbeitszeitverkürzung, keine Kapitaleinkommenssteuer, keine Bezahlung von Care Arbeit, keine Niederlassungs- und Bewegungsfreiheit, keine Schweiz ohne Armee, keine Frieden, kein geeintes solidarisches Europa in einer friedlichen Welt. Wir, wir sind Widerstand. Wir, wir sind die Hoffnung. Wir sind die Zukunft. Und wir werden nicht aufhören, wir werden weitermachen. Darum sind wir heute hier versammelt. Wir werden nicht schweigen, wir werden nur noch lauter. Wir werden nicht Halt machen vor Traditionen und vor illegitimen Machtpositionen. Wir werden angreifen. Wir werden kämpfen.

Wir werden das feministische Jahrhundert einläuten, dass alle Menschen befreit. Wir, wir sind viele. Und wir sind überall. Wir demonstrieren in Frankreich gegen die Arbeitsmarktreform, in Hamburg gegen die G20 und in Davos gegen das WEF. Wir schockieren die Öffentlichkeit, benützen unsere nackte Körper und unsere Liebe als politische Waffe. Wir kämpfen in der Burka in einem Rapvideo gegen die Unterdrückung oder verbrennen sie in den Strassen von Kabul. Wir gehen in Polen für das Recht auf Abtreibung auf die Strasse und Besetzen in Brasilien eine Nestle Fabrik für unser Recht auf Wasser. Wir legen in Spanien, in Bangladesh und in den Redaktionen in Bern die Arbeit nieder. Wir schmuggeln Flüchtlinge illegal über die Grenzen, wir verstecken sie bei uns zuhause. Wir gehen millionenfach auf die Strasse und kämpfen gegen das Patriarchat, gegen Homo- und Transphobie, wir schreien «BlackLivesMatten» und twittern #metoo. Wir heissen Nekane, Ahed, Luisa, Jolanda, Lakshmi, Dolores, Laury, Heaily. Aber auch Aline, Julia, Jean-Pierre, Urs und Erich. Wir sind 16 und wir sind Löwinnen, wir sind über 80 und sprays an die Wand der Schweizerischen Zentralbank.

Wir, wir sind der Widerstand. Wir, wir sind die Hoffnung. Wir sind die Zukunft. Wir, wir sind die antikapitalistische, antinationalistische, feministische, queere, emanzipatorische Linke. Wir sind die aussenparlamentarische Gruppierung in Bern. Wir sind der Women's March in Washington und Zürich und jede Journalistin in türkischer Haft. Wir sind Afrin und Rojava. Und, wir sind eben auch die SP Luterbach. Wir, wir sind die Töchter der Hexen, die die Patriarchen nicht verbrennen konnten. Wir sind die Söhne der Fabrikarbeiter, die 1918 auf im Generalstreik unsere Rechte erkämpft haben. Wir sind die Kinder der 68er Bewegung und des Frauenstreiks. Und wir sind die Eltern der Generation, die diese Welt ein für allemal verändern und dieses System zum Einsturz bringen wird. Und wir sind viele und wir werden immer mehr. Wir sind nicht und nie alleine. Seien wir die Alternative, die diese Welt, dieses Land und eben auch Luterbach braucht, liebe Genossinnen und Genossen.

Auch wenn es nochmals 100 Jahre dauert.

Danke für euren Einsatz. Venceremos!

Applaus

Gastreferat von Helmut Hubacher

ehemaliger Parteipräsident der SP Schweiz (1975-1990) und ehemaliger Nationalrat (1963-1997)

Werte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen. Ich hab in der SP schon viel erlebt. Aber eine Sektion, die nach 100 Jahren eingeschlafen ist und dann nach zwei Jahren wieder gegründet wird, ist eine Premiere. Vielen Dank für die Einladung und danke, dass diese Sektion wieder existiert. Die Gemeinde ist eigentlich die Urzelle unserer Demokratie. In der Gemeinde beginnt die Politik. Viele nationale Politgrößen haben ihre Karriere in der Gemeinde begonnen. Ich bin mit der Meinung von Gemeindepräsident Michael Ochsenbein (CVP), die Partei spiele auf gemeindeebene keine Rolle, nicht einverstanden. Das ist eine bürgerliche Ansicht. Es ist natürlich so, dass auf der Ebene der Gemeinde weniger ideologisch politisiert wird, aber es bleibt zu hoffen, dass die Politik der SP Luterbach sich von derjenigen Partei des Herrn Gemeindepräsidenten schon etwas unterscheidet. Denn es gehört zur Demokratie, dass man dies spürt. Und es passt nicht zur Demokratie, wenn in einem Gemeinderat keine Linken sitzen. Die Bürgerlichen würden sich langweilen. Es passt auch nicht zu einem wie Willi Ritschard, der hier in Luterbach gewohnt und gelebt hat. Zu diesem Bundesrat möchte ich gewiss auch etwas sagen. Willi war für mich einer der aussergewöhnlichsten Bundesräte unserer Partei. Zu ihm hatte ich die engste Beziehung. Es gibt viele Geschichten über Willi, er war ein emotionaler Mensch. Beide SP-Bundesräte waren damals automatisch auch Mitglieder der Geschäftsleitung. Und Willi pflegte da zu sagen, *«ihr SP-ler könnt nicht immer alles unterstützen was der Bundesrat beschliesst. Wir sind bloss 2 von 7. Auch uns passen da nicht alle Entscheide, also kann die SP da ruhig mal etwas opponieren»*. Haben wir ihn dann beim Wort genommen und den Bundesrat das eine oder andere Mal nicht unterstützt, liess er uns wissen, dass er dies gar nicht gut finde. Er hat dann jeweils mit mir als Parteipräsident 2-3 Tage nicht mehr gesprochen. War dies vorbei, so hat er dies auf seine Art gemacht, nämlich mit seiner als Handwerker kräftigen Hand auf die Schulter geschlagen und gesagt: *«du Fotzucheib»*. Damit wusste ich, er sprach wieder, damit war auch alles wieder gut. Er war ein aussergewöhnlicher Politiker. Zuerst war er Energie- und Verkehrsminister, dann Finanzminister.

Das Dossier Jugend gehörte demnach nicht in sein Departement. Und trotzdem, es war in den achtziger Jahren, wir hatten an einem Samstag Parteivorstand, es gab Jugendunruhen und die Zeitungen waren voll mit diesen Geschehnissen. Auch die Gewerkschaftszeitung. Anderntags rufte ich Willi an und hab ihm gesagt, du musst die *«Gewerkschaftsjugend»* lesen. Da meinte er, klar habe er diese gelesen, was ich denn meine. Da dachte ich mir, oha, ein Bundesrat liest die Gewerkschaftszeitung der Jugend. Viele der eigenen Gewerkschaftsleute haben diese damals nicht einmal gelesen. Er hat sich dann mit diesem Redaktor getroffen und sich mit ihm einen ganzen Tag unterhalten, über die Jugend und was sie bewegt. Daraufhin konnte er im Blick ein zweiseitiges Interview veröffentlichen. Peter Bichsel, damals Willi's linke Hand, weinte fast vor Freude, als er dieses gelesen hat. Ich kenne keinen Bundesrat mehr, welcher zu einem Thema etwas zu sagen hatte, das nicht in sein Departement gehörte. Das war eben Willi. Er war weit über die Finanzen hinaus ein Politiker, der Emotionen, Herz und Liebe zu den Menschen ausgestrahlt hat. Das geht nie vergessen.

Tamara ist jetzt nicht mehr hier (hat infolge eines anderen Termins die Versammlung um 20.15 Uhr verlassen müssen). Es gehört zur JUSO, dass sie mit Elan, Zukunftshoffnung

und Perspektiven antreten. Wer soll es denn tun, wenn nicht die JUSO? Wenn man solange dabei ist, weiss man jedoch dass es nicht nur zwei Farben oder zwei Alternativen gibt. Peer Steinbrück, ehemaliger Finanzminister (SPD) von Deutschland unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat ein Buch geschrieben über das Elend der deutschen Sozialdemokratie. Zur Zeit von Willi Brandt oder Helmut Schmid hatte die SPD über 40% Wähleranteile. Auch Gerhard Schröder bekam in der 1. Wahl noch über 40%. Bei der letzten Wahl im September 2017 fiel die SPD auf 20,5% Wähleranteil. Seither geht es weiter talwärts. Die SP Schweiz hat heute einen höheren Wähleranteil als die SPD in Deutschland. Wenn man nach dem Grund fragt, kommt einem das Stichwort «Agenda 2010» in den Sinn. Das war Programm in der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder. In Deutschland hat der Kanzler eine Weisungsbefugnis. Er oder sie kann praktisch im Alleingang, wenn nötig auch gegen das eigene Kabinett etwas durchsetzen. Auch wenn dies wenige machen, Gerhard Schröder hat dies mit der Agenda 2010 getan, basta! Man sagte auch, Schröder sei der Bastakanzler, da werde nicht mehr diskutiert. Nach 14 Jahren wurde unter dem Stichwort «Hartz4» (Name kam vom Personalchefs «Hartz» des VW-Konzerns) das deutsche Sozialsystem komplett umgekrempelt. Wahrscheinlich wurde der Sozialstaat etwas schwerfällig und wahrscheinlich benötigte das System wirklich Reformen. Hartz4 wurde umgesetzt und ist heute noch gültig. Hartz 4 ist für ausgesteuerte und arbeitslose Menschen. Betroffen davon sind in Deutschland 8 Millionen Menschen (10% der Bevölkerung). Die Mieten und Versicherungen sind davon ausgenommen. Für den Lebensunterhalt bekommt ein/e Hartz4-Bezüger/Bezügerin monatlich 416 Euro ausbezahlt. Für das Essen bleiben 145,04 Euro vorgesehen, macht pro 4,84 Euro. Nicht etwa 5 Euro, es «muss» kompliziert sein. Dann gibt es 10 Gruppen: Gesundheit, Gebühren usw. alles ungerade Beträge - ,06 ,07 ,02 usw. Muss das eine schreckliche Bürokratie sein, dachte ich mir. Ich würde jetzt Tamara sagen, dass ich als Sozialdemokrat deswegen sehr gelitten habe, weil unter der rot-grünen Regierung ein solches System beschlossen und eingeführt wurde. Alle Parteien haben dem Systemwechsel zugestimmt. Die Verantwortung dafür trägt jedoch Schröder. Als Folge davon verlor die SPD mehr als 50% ihrer Mitglieder, von damals 1'000'000 Mitglieder auf 460'000, sie verlor auch die Hälfte ihre Wählerinnen und Wähler. Während 14 Jahren rot-gründer Regierung und auch in den darauffolgenden grossen Koalitionen gab es keine Korrekturen. Es geht immer noch um die gleichen Zahlen. Die Frankfurter Rundschau schreibt heute, dass die heutige Regierung mit CDU, CSU und SPD wahrscheinlich die letzte Chance für die SPD sei, Korrekturen vorzunehmen und damit auch wieder das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Die SP Schweiz stand immer für die armen Leute ein, diese Qualität muss eine linke Partei haben. Auch wenn dies nicht alle glauben, sie muss die Glaubwürdigkeit haben, dass sie sich für die «kleinen Leute» einsetzt. Die SPD hat diese Glaubwürdigkeit mit der Agenda 2010 verloren. Und dieses zurückzugewinnen wird sehr schwierig. Und eben dieser Peer Steinbrück – er war ein guter Finanzminister und auch Kanzlerkandidat - wollte damals im Zusammenhang mit dem Schweizer Bankgeheimnis, die «Kavallerie nach Bern schicken». Er sagt, das Elend der Sozialdemokratie, gibt zu Teil dieser Regierung gewesen zu sein, er habe diese Beschlüsse mitzuverantworten und dass die Agenda 2010 ein ganz grosser Fehler der damaligen Regierung war. Auch dies gehört zur Geschichte einer linken Partei.

Es gehört auch zur Geschichte, dass in Frankreich PS noch 9% Wähleranteile hat. Nach der Demission von François Hollande als Staatspräsident und dem Sieg von Emanuele Macron, der die traditionellen Parteien geradezu weggefeigt hat, wurde Frankreich

umgekrempelt. Der damalige Präsident Hollande war nun mal keine grosse Hoffnung für die Linken. Nicht mal als Liebhaber war er ein besonderer Typ. Er hat sich nicht gut aufgeführt, stellte sich oft sehr ungeschickt an und hatte keine Kultur. Mitterand hatte



da weit mehr Stil und war im Volk beliebt. Auch wenn er, wie man sagt, nicht immer ein treuer Ehemann war, denn in Frankreich ist dies keine Sünde.

Jean Ziegler pflegte zu sagen, Hollande sei furchtbar, das sei nicht auszuhalten zu schauen zu müssen wie der das Land regiere und die Probleme nicht anpackt. Die Jugend in Frankreich hat rebelliert, wurde gewalttätig und in den Armenvierteln kommt es regelmässig zu Unruhen. Das ist so, wenn sie keine Perspektiven haben, auf diese Art machen sie sich bemerkbar. Hollande hat nichts gemacht, deshalb hat auch in Frankreich die Sozialdemokratie verloren und ist fast vollständig eingebrochen.

Die SP Schweiz macht diese Fehler nicht, darauf können wir stolz sein. Wir sind so weit, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir vieles erreicht haben. Heute müssen wir diese Errungenschaften verteidigen. Zwischendurch werde ich gefragt, ob die Schweiz mit all ihrem Wohlstand überhaupt noch Probleme habe.

Klar hat sie Probleme! Der Nationalrat hat vor zwei Wochen mehrheitlich beschlossen, bei den Ergänzungsleistungen jährlich 700 Millionen Franken einzusparen. Vor 10 Jahren hätten sich die Bürgerlichen solche Entscheide nicht getraut. Dass man heute bei den Schwächsten aller AHV-Bezügerinnen und Bezüger 700 Millionen Franken sparen will, ist eine Schande. Da braucht man gar nicht über die Details zu sprechen. Das ist ein Affront der aufzeigt, dass dies das Gesicht der Wahlen von 2015 ist (Rechtsrutsch). Das Volk hat ja bekanntlich zu Recht die USR III klar abgelehnt. Die Schweiz bevorzugt ca. 25'000 Holdinggesellschaften mit einem sehr bequemen Steuersatz. Dies wollte die Vorlage auf Druck des Auslands (EU und OECD) aufheben. Das muss man ändern, denn diese Gesellschaften bezahlen viel weniger Steuern als die schweizerischen Unternehmen. Jetzt kommt es zur nächsten Vorlage, die Steuerreform 17. Die CH-Firmen sollen etwas weniger zahlen und die ausländischen etwas mehr. Trotzdem wird dies zu Milliardenausfällen führen. Wer soll dies bezahlen? Immer die Steuerzahler/innen mit dem Lohnausweis? Das gibt ein Problem. Die Schweiz hatte einst einen komischen Finanzminister, er hiess Hans-Rudolf Merz. Er hat zu seiner Bundesratszeit eine Finanzvorlage präsentiert, die gemäss seinen Aussagen für die «kleinen Leute» sei. Und für die Kleingewerbler, die Coiffeuse, den Metzger, die Bäckerin, den Garagist usw. und den Bund rund 80 Millionen Franken kostete. Die SP hat damals das Referendum ergriffen. Die Abstimmung ging ganz knapp verloren. Wie die Geschichte ausging, weiss man. Das Bundesgericht hat festgestellt, dass das Volk «angelogen» wurde. Kein einziger der Kleinen hat profitiert, nur die grossen Aktionäre. Diese, wie z.B. von der UBS und Glencore müssen ihre Dividenden nicht mehr versteuern. Merz hat dafür ein «raffinierten» Trick erfunden. Die Dividenden sind der Lohn für Aktionäre. Aber bei den grossen Gesellschaften werden Dividenden nicht vom Gewinn bezahlt, sondern von den Reserven, welche mit der USR II steuerfrei wurden. Ausgerechnet diese Bank, welche der Staat mit 60 Milliarden Franken retten musste, leistet sich heute solche Sachen.

Jetzt geht es bei der Steuervorlage 17 darum, dass alle Dividenden nur noch teil versteuert werden müssen. Also ich keinen einzigen Arbeiter, der oder die z.B. nur 70% der Einnahmen versteuern muss. Es geht weiter. Die Wirtschaftskommission hat vor 3 Wochen beschlossen, dass im Zusammenhang mit der Reform des Aktienrechts dieses erneut für die Aktionäre noch lukrativer wird. Die Medien schrieben, dass die Bürgerlichen alles zu Gunsten der Aktionäre herausholen wollen. Weiter ging es mit der Forderung die Stempelsteuer abzuschaffen. Diese gibt es seit 103 Jahren und bringt

dem Bund jährlich ca. 2.3 Milliarden Franken ein. Was will ich damit sagen? Der Verteidigungsminister will gleichzeitig mit 8 Milliarden Franken neue Kampfflugzeuge einkaufen. Fürs Volk wird nichts gemacht, es geht immer nur um Wertschriften, Dividenden usw. Diesen will man laufend Steuergeschenke machen.

Irgendwann kann dies die Gesellschaft nicht mehr verkraften. Mein Grossvater sprach jeweils von den «oberen Zehnprozent», ich sprach in meiner Zeit von den «oberen Dreiprozent» und heute ist es das «obere Einprozent», die so viel Geld haben wie die restlichen 99 Prozent. Diese Verhältnisse sind offiziell von den Steuerverwaltungen. Professor Ueli Mäder sagt in seinem Buch, dass sich dies immer mehr zuspitzen wird. Auf die Dauer hält das die Gesellschaft nicht aus.

Das heisst, es braucht die SP, es braucht Sektionen der SP. Gesamtschweizerisch gibt es ca. 1'100 Sektionen und wir freuen uns, wenn Luterbach wieder dazu gehört. Die SP ist nicht einfach besser, gescheiter und intelligenter. Ich habe schon lang begriffen, dass nicht nur wir alles recht machen und wissen. Aber die SP ist die Partei, die Menschen vertritt, die am meisten Mühe haben über die Runden zu kommen. Viele von uns verdienen anständig. Aber in der Schweiz gibt es ca. 800'000 Menschen, die unter der Armutsgrenze leben oder darum herum. Vor 100 Jahren war der Generalstreik. Damals hat es dem Volk den «Kessel verjagt», es hat rebelliert, 250'000 Personen bei nicht ganz 4 Millionen Einwohnern. In heutigen Verhältnissen, wären das 1 Million Menschen. Man stelle sich das mal vor. Nach dem 1. Weltkrieg herrschte grosse Misere. Aktivdienstleistende hatten z.B. keinen Lohnausgleich. Seither hat es den Kessel nie mehr verjagt, es gab bisher nur 1 Generalstreik. Die Regierung erkannte, so kann es nicht weitergehen und verkürzte 1 Jahr nach dem Streik die Wochenarbeitszeit von 59 Stunden auf 48 Stunden. Das gab es seither nie mehr.

Unsere Aufgabe ist es zu verhindern, dass es denen die schon viel haben ständig besser geht und denen, die wenig haben, noch weniger bekommen. Das hat mich im Zusammenhang mit der Gründung der SP Luterbach inspiriert. Wir haben noch viel zu tun.

langer Applaus

Niklaus Wepfer, Solothurn, 5. April 2018